

FRAGE

In der Finanzkrise mussten zahlreiche Banken mit Steuergeldern gerettet werden. Im Zuge der Diskussion um die nötigen Lehren aus den Ereignissen ist auch in Deutschland die Diskussion um eine mögliche Trennung des klassischen Einlagen- und Kreditgeschäfts vom Kapitalmarktgeschäft aufgeflammt. So hat etwa SPD-Chef Sigmar Gabriel unlängst erneut die Einführung eines Trennbanken-Systems gefordert. Sehen Sie beim Geschäftsmodell von Banken grundsätzlich Regelungsbedarf?

Prof. Dr. Erwin Amann Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Die Aufgabe der Banken ist es, risikoarme Anlagen in risikoreichere Investitionen zu transformieren. Das gelingt nicht mit einer vollständigen Trennung der Systeme.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Vor allem sollten der Eigenhandel stark eingeschränkt werden und klare Regelungen für eine Abwicklung von großen Banken (ggf. auch über Versicherungsfonds der Banken, die dann einspringen müssten) entwickelt werden.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Ein „too big to fail“ sollte es nicht mehr geben.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Eine bessere Risikokontrolle wäre sinnvoll.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Die Einführung eines Trennbankensystems ist der richtige Schritt. Geschäftsbanken sollen stärker den Charakter von volkswirtschaftlichen Versorgungsbetrieben annehmen.

Prof. Dr. Klaus Röder Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Systemrelevante Größen sind zu vermeiden.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Eine Aufspaltung der Banken wird die Krise nicht lösen und kann auch Krisen nicht verhindern, denn sie ist kein Ersatz für gute Regulierung. Die jüngste Finanzkrise zeigt eindeutig, dass sowohl Investmentbanken als auch Geschäftsbanken der Auslöser sein können. Es kommt daher jetzt darauf an, eine wirkungsvolle Regulierung zu schaffen, die auch bisher nicht regulierte Bereiche umfasst, die Prozyklizität verhindert und allgemeingültige internationale Standards schafft.



Dr. Alexander Schumann Chefvolkswirt, DIHK:

Ein Trennbankensystem erhöht die Kosten für Unternehmen, da nicht mehr alle Dienstleistungen aus einer Hand angeboten werden können. Eine Abgrenzung zwischen „gutem“ und „schlechtem“ Geschäft ist außerdem kaum möglich, da alle Produkte in erhöhter Dosis auch negative Konsequenzen haben können. Außerdem wird die Übertragung von Risiken durch die Einführung eines Trennbankensystems nur bedingt gemindert – Krisen verhindern konnte das System bisher nicht.

Prof. Dr. Peter Oberender ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, Universität Bayreuth:

Diese Vorstellung ist obsolet!

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Ein Trennbankensystem wäre genauso durch eine Welle von Staatspleiten gefährdet wie ein Universalbankensystem. Trennbankensysteme könnten sogar die Konzentration von Risiken noch steigern. Universalbanken sind in der Lage, Risiken über verschiedene Geschäftsfelder zu streuen.

Dr. Dirk H. Ehnts Gastdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin:

Werden die Banken immer wieder „gerettet“, weil u.a. der Staat für sämtliche Einlagen garantiert oder sie für „too big too fail“ erklärt, dann werden die Banken sich durchsetzen, welche das höchste Risiko gehen und damit den höchsten Gewinn erzielen.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß em. Professor, Universität zu Köln:

Beide Systeme haben ihre Vor- und Nachteile. Welches System zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben besser geeignet ist, ist noch nicht klar.

Stefan Maly Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors:

Banken sollten beim rein spekulativen Eigenhandel beschränkt werden. Dieser Bereich hat in vielen Fällen ein Eigenleben entwickelt, der völlig von der Volkswirtschaftlichen Funktion der Banken losgelöst ist. Ein Trennbankensystem ist allerdings nicht zielführend. In den USA entstand die Finanzkrise trotz eines Trennbankensystems.

Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Die Trennbankendebatte führt am Kern der Probleme vorbei: Auch und gerade spezialisierte Banken haben sich als sehr krisenrelevant erwiesen. In Spanien gelten beispielsweise die großen Universalbanken als stabil, während die „kleinen“ Sparkassen (Cajas) gestützt werden müssen.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Im Augenblick ist das nicht das zentrale Problem. Man sollte das Potenzial der Banken zum Leveraging begrenzen durch drastisch höhere Eigenkapitalanforderungen. Dann wird die Frage des Trennbankensystems überflüssig.



Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung ,
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Das Trennbankensystem erzwingt mehr Transparenz – und da der Bankensektor zu dieser nicht freiwillig bereit ist, sollte man hier regulierend eingreifen.

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Eine ausreichende Eigenkapitalausstattung, die substanziell nach den Bankgeschäften differenziert, sollte die nötige Bankensicherheit gewährleisten. Hinzu sollte eine ausreichende Einlagensicherung treten, die europaweit gilt, und für die Banken auch in Relation zu ihrem Investmentgeschäft haften sollten.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Ein Trennbankensystem passt nicht zu einer globalisierten Wirtschaft und schadet dem europäischen und deutschen Bankenmarkt. Außerdem waren es bekanntermaßen nicht die Universalbanken, die die Krise ausgelöst haben.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik , Universität Potsdam:

Universalbanken führen näher an das Allokationsoptimum und sichern besser das öffentliche Gut monetäre Stabilität als ein Trennbankensystem mit vielen politischen Eingriffen und Regelungen. Die US-Krise 2007/2008 und die Euro-Staaten-Krise sind politisch initiiert. „Nein“, weil der Bock nicht zum Gärtner taugt!

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Ein Trennbankensystem würde Risiken trennen und mehr Transparenz für Einleger schaffen. Der Schutz der Einleger wäre einfacher und die Spekulation zulasten der Einleger schwieriger.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Hier gibt es mehrere Lösungsansätze: eine davon ist die Trennung von Einlagen- und Kreditgeschäft einerseits und Kapitalmarktgeschäft andererseits. Ein anderer wäre die Beschränkung der Größe von Banken, um das Argument „too big to fail“ zu umgehen.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Es gibt eine asymmetrische Verteilung von Gewinnen und Verlusten.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Nach allem, was über das Bankenverhalten im Investmentbanking bekannt geworden ist, scheint es hier Regulierungsbedarf zu geben. Der Übergang zu einem Trennbankensystem könnte aber ein zu weitreichender Schritt sein.



Prof. Dr. Jörn Kruse Institut für Wirtschaftspolitik, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr:

Die Trennung ist wichtig, um die Kreditversorgung der Wirtschaft zu sichern, auch wenn „systemrelevante“ Investmentbanken sich verzockt haben.

Prof. Dr. Rolf Kreibich Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer, Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung:

Die gesamte Misere der europäischen Negativentwicklung beruht auf zwei Versagensbereichen: Finanzsystem und Banken sowie Kontrolle durch die EU.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Das Universalbankensystem hat sich in der Vergangenheit als krisenresistent erwiesen. Die Beschlüsse von Basel III gehen in die richtige Richtung. Ein Trennbankensystem ist anfälliger gegen Krisen.

Prof. Dr. Wolfgang Gerke Präsident, Bayerisches Finanz Zentrum:

Eine Deutsche-Investment-Bank ist mindestens so systematisch wie die Spezialbank HRE.

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Das ergibt sich schon aus der Historie. Der Glass-Steagall-Act hat positiv gewirkt, bis Bill Clinton ihn 1999 aufhob. Auf die Trennung könnte man verzichten, wenn die Eigenkapitalanforderungen erhöht werden, und zwar weit über das hinaus, was Basel III vorsieht.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Banken müssen ihr tatsächliches Risiko tragen bzw. bei den verantwortlichen Managern muss das Bewusstsein dafür durch unmittelbare persönliche wirksame Sanktionsmechanismen geschärft werden.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich „Das Wohlfahrtssystem“, Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Mit den Eingriffen bei den Landesbanken ist das Notwendige getan. Erforderlich ist freilich generell eine Stärkung des Eigenkapitals. Basel III ist ein Weg, ein besserer Weg wäre es, die Regelungen der Schweiz zu übernehmen.

FRAGE

Welches der folgenden Modelle halten Sie für besonders geeignet, um eine ähnliche Lage von Banken künftig zu verhindern? Welches der folgenden Modelle halten Sie für besonders geeignet, um eine ähnliche Lage von Banken künftig zu verhindern? Eine Universalbank mit striktem Verbot des Eigenhandels, wie in den USA (Volcker-Rule), mit strengen Eigenkapital-Vorgaben für Privat- und Firmenkunden-Geschäft sowie gesondert für das Investmentbanking, wie in Großbritannien (Vickers-Rule) mit deutlicher Verschärfung der Eigenkapital-Anforderungen oberhalb von Basel III, wie in der Schweiz oder ein Trennbanken-System mit strikter Trennung zwischen Einlagen- und Kredit-Geschäft sowie Wertpapiergeschäft nach dem Vorbild des Glass-Steagall-Act von 1933?



Prof. Dr. Erwin Amann Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Die Kontrolle sollte stärker auch zwischen den Banken erfolgen, die dann auch für die Rettung der angeschlagenen Banken verantwortlich werden.

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:

Von Kernkapital gehen positive Externalitäten in das gesamte Finanzsystem aus. Insofern sollte aus ordnungspolitischen Gründen stabilitätsförderndes Eigenkapital eigentlich subventioniert werden. Stattdessen wird über alle Länder hinweg insolvenzförderndes Fremdkapital – und somit letztlich auch die Notwendigkeit allfälliger Bailouts durch den Steuerzahler – steuerlich begünstigt! Solange die Politik nicht bereit ist, von dieser schizophrenen Bevorzugung von Fremdkapital abzulassen, wird man um hohe Mindeststandards nicht herumkommen.

Stefan Maly Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors:

Ein komplettes Verbot des Eigenhandels ist nicht möglich, da die genaue Abgrenzung kaum möglich ist. Daher erscheint eine verschärfte Eigenkapitalabsicherung als pragmatischer.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Es gibt ein wichtiges Problem des Eigenhandels: Wenn dieser ausgelagert würde, ergäben sich derartige „moral hazard“-Probleme bei den Händlern, dass das Problem nicht gelöst wäre.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Sinnvolle Rahmenbedingungen ja, aber alle diese Regeln sollen die Öffentlichkeit beruhigen und vom Politikversagen ablenken, schaffen aber neue große Risiken.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Hier müssen klare Grenzen gesetzt werden. Sind die Grenzen nicht ganz eindeutig, werden Finanzinnovationen kommen, die zwar juristisch die Regeln einhalten, aber faktisch die gewünschte Regulierung überschreiten.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Eine Verschärfung der Eigenkapitalanforderungen über Basel III hinaus schränkt das Bankenverhalten stark genug ein, ohne die allokativen Vorteile der Universalbanken in Frage zu stellen.

Prof. Dr. Rolf Kreibich Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer, Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung:

Ein Verbot aller hochspekulativen Produkte und eine angemessene Finanztransaktionssteuer sowie hohe Eigenkapitalquoten oberhalb von Basel III würden die Risiken begrenzen.



Dr. Manfred Schveren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Das entscheidende ist ein ausreichend großes haftendes Eigenkapital, um Krisen ohne externe Hilfe überstehen zu können.

FRAGE

Die EZB hat auf ihrer jüngsten Sitzung ihre Bereitschaft signalisiert, erneut Anleihen kriselnder Euro-Staaten am Sekundärmarkt aufzukaufen. Die Bundesbank lehnt dies ab. Sollte die EZB erneut Anleihen klammer Länder der Eurozone am Sekundärmarkt kaufen?

Prof. Dr. Erwin Amann Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Die EZB sollte zwar nicht in überhöhtem Maße Risiken übernehmen, sie darf aber durchaus zu niedrig angesehene Risiken durch ein positives Signal stützen. Dadurch verringern sich die Risiken eher am Markt.

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Mit einem Eingreifen der EZB kann die Zinsbelastung für die Länder begrenzt werden. Dies ersetzt zwar nicht den notwendigen Prozess der Konsolidierung der Staatsfinanzen, erhöht aber seine Erfolgsaussichten.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Am Sekundärmarkt zu kaufen ist nur dann sinnvoll, wenn ein eindeutiges Signal da ist, dass dies unbeschränkt geschehen kann. Solange die Bundesbank (und auch andere) dagegen sind, werden solche Interventionen dann immer zu klein sein, um die notwendige Wirkung zu entfalten. In der Tat wäre es besser, wenn der ESM die Zinsentwicklung reformwilliger Staaten am Primärmarkt beeinflussen kann.

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:

Es muss auf jeden Fall der Eindruck vermieden werden, dass es leichter ist, die EZB zu korrumpieren als den letztlich betroffenen Souverän und Wähler mit politischen und ökonomischen Argumenten (mehrheitlich) zu überzeugen.

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Grundsätzlich sollte eine Zentralbank keine Finanzierung von Staatsausgaben alimentieren. Ausgenommen ein Bankenkollaps steht vor der Tür.

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Das ist Geldschöpfung und die Basis der Inflation von morgen und außerdem mit den eigentlichen Aufgaben der EZB unverträglich.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Im Moment ist keine Alternative dazu erkennbar, die die Situation an den Märkten entspannen könnte.



Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Seit Jahren werden insolvente Staaten mit Ersparnissen der Bürger anderer Länder versorgt, die sie wohl nicht zurückzahlen können, anstatt offen einen Schuldenschnitt durchzuführen. Der EZB-Kauf von Staatsanleihen am Sekundärmarkt ist gleichbedeutend mit der Finanzierung von Staatsschulden durch die Gelddruckmaschine. Die EZB setzt damit ihr internationales Vertrauen aufs Spiel, das sie bei ihrer Gründung von der Bundesbank geerbt hatte. Der Euroraum verliert dann einen seiner letzten glaubwürdigen Anker. Die Risikoeinschätzungen für Investitionen im Euro-Raum erhöhen sich – mit negativen Wirkungen auf das langfristige gesamtwirtschaftliche Wachstum. Dies sollte nicht gegen kurzfristige Verbesserungen der Zinssätze von Krisenstaaten eingetauscht werden.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Wenn, dann nur im Rahmen einer koordinierten Aktion der EZB mit EFSF/ESM, die mit klaren Konditionen in Bezug auf die betroffenen Länder verbunden ist. Grundsätzlich sind Staatsanleihekäufe der EZB in größerem Umfang aber ein problematisches Instrument. Sie können allenfalls im Hinblick auf das Funktionieren des geldpolitischen Übertragungskanal im Krisenfall akzeptiert werden. Langfristig würden sie die Reputation der Zentralbank als unabhängige Institution gefährden und ein Inflationspotenzial entstehen lassen.

Dr. Alexander Schumann Chefvolkswirt, DIHK:

Die EZB kann dadurch allenfalls die Märkte kurzfristig beruhigen und den Krisenländern damit Zeit erkaufen. Das Problem der Staatsverschuldung und der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit löst sie aber nicht.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Der Aufkauf von Anleihen, ohne gleichzeitig Strukturveränderungen der betroffenen Länder zu fordern, ändert nichts am Grundproblem. Vielmehr müssen die betroffenen Länder für private Anleihekäufer wieder attraktiv werden, indem sie sich sanieren. Dann sinken die Risikoaufschläge wieder.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Der EZB-Anleihekauf ist das kleinere Übel gegenüber den anderen derzeit diskutierten Maßnahmen zur Stabilisierung der Anleihemärkte. EZB-Anleihekäufe sind schnell verfügbar und vor allem reversibel. Eurobonds hingegen werden niemals mehr verschwinden, wenn sie einmal etabliert sind.

Dr. Dirk H. Ehnts Gastdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin:

Die Alternative ist ein Bankrott in der Peripherie mit sehr wahrscheinlich folgendem Austritt aus dem Euro. Durch einen Umbau der Institutionen der Eurozone kann m.M. nach eine solche deflationäre Lösung vermieden werden.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß em. Professor, Universität zu Köln:

Der Kauf von Staatsanleihen löst keine Strukturprobleme, sondern mindert den Druck für Anpassungsschritte.



Prof. Dr. Lutz Arnold Lehrstuhl für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Regensburg:

Wenn schon, dann sollte die EZB den ESM die Käufe machen lassen, der zumindest Konditionalität einfordern kann.

Prof. Dr. Heinz-Dieter Smeets Lehrstuhl für VWL, insb. Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Es entsteht eine hohe Inflationsgefahr.

Stefan Maly Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors:

Solange die Politik und der ESM nicht handlungsfähig sind bleibt die EZB die einzige Instanz, die die Finanzmärkte beruhigen kann.

Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Käufe von Staatsanleihen durch die EZB sind zwar grundsätzlich abzulehnen, in außergewöhnlichen Situationen ist ein solcher Schritt allerdings als Notmaßnahme hinnehmbar. Die EZB hat ein mögliches neues Aufkaufprogramm nur an klare Vorbedingungen geknüpft. Das ist gegenüber dem bisherigen Stabilitätspakt ein Fortschritt.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die EZB muss zu ihrer Kernaufgabe zurückkehren und stabiles Geld anbieten, schon um neuerliche Blasen zu vermeiden.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Das ist gegen Geist und Gesetz der Euroverträge.

Dr. Alexander Krüger Chefvolkswirt, Bankhaus Lampe KG:

Die Bundesbank weist zurecht auf die Risiken umfangreicher EZB-Staatsanleihekäufe hin. Ohne die Hilfe der EZB wird die Beherrschbarkeit der Staatsschuldenkrise aber kaum erreicht werden können. Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen benötigen Zeit, die von der EZB mittels zinsenkender Maßnahmen erkauf werden kann. Wünschenswert ist dabei aber, dass diejenigen Länder, deren Staatsanleihen von der EZB gekauft werden, künftig Sicherheiten (Gold-, Devisenreserven) für die erhaltene Hilfe hinterlegen. Dies hielte den Druck auf die Staaten aufrecht, zum Wohle der gemeinsamen Währung auch unbequeme Maßnahmen zu beschließen.

Frank Hübner Stellvertretender Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Mario Draghi weist richtigerweise darauf hin, dass systemische Risiken in der aktuellen Situation nicht von den (Wirtschafts-)Politikern negiert werden sollten. In dem Maße, in dem EZB Käufe diese systemischen Risiken, also die am Markt gehandelten Wahrscheinlichkeiten eines Auseinanderbrechens der EWU, senken kann, halte ich diese für angebracht.



Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Die Alternativen durch ungebremst steigende Zinssätze, Zinssubventionen durch die EZB oder andere europäische Einrichtungen erscheinen nicht besser.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Der ESM ist bisher noch nicht einsatzbereit, sodass die EZB den Mangel an europäischer Fiskalpolitik ausgleichen muss, um die Spannungen an den Finanzmärkten zu dämpfen. Sobald der ESM einsatzbereit ist, sollte sich die EZB allerdings wieder ihrer originären Aufgabe zuwenden und die Vermischung von Geld- und Fiskalpolitik beenden.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die Frage wird sich mit aller Brutalität in dem Moment stellen, wo sich Griechenland aus der Eurozone verabschiedet. Die EZB wird dann vor der Wahl stehen, für andere Krisenländer *lender of last resort* zu spielen oder ihr eigenes Überleben aufs Spiel zu setzen. Für letzteres wird sie sich nicht entscheiden.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Es lähmt die Eigeninitiative, fördert eine Rentiers-Mentalität und zerstört die international wettbewerbsfähigen Volkswirtschaften. Die gegenwärtigen deutschen Zinsvorteile sind Krisengewinne und keine Zeichen dafür, dass Deutschland besonders von der Währungsunion profitiert. Der unvermeidlich kommende Abzug der Gelder wird noch schmerzlich für die Bundesrepublik

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Das ist die direkte Staatsfinanzierung. Die EZB wird damit instrumentalisiert als Instrument der Defizitfinanzierung.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Andere Optionen gibt es im Moment nicht. Dass dieser Ankauf suboptimal ist, ist aber auch klar.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Man sollte den Rettungsschirm wie vereinbart nutzen.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die EZB soll ihrem Auftrag entsprechend Geldpolitik und keine Fiskalpolitik betreiben. Der Aufkauf von Schulden am Sekundärmarkt wäre ein weiterer Akt von Fiskalpolitik.



Prof. Dr. Rolf Kreibich Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer, Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung:

Nur eine konsequente Wirtschaftsstrukturpolitik für die Schuldenländer unter hoher Solidarität durch Deutschland und der Fonds kann die Misere bewältigen.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Die EZB ist die letzte Instanz und muss nötigenfalls ihre Stabilitätspolitik als sekundär betrachten.

Prof. Dr. Wolfgang Gerke Präsident, Bayerisches Finanz Zentrum:

Die EZB ist schon heute die führende Bad Bank für Notleidende europäische Staatsanleihen. Statt Geldpolitik betreibt die EZB rechtswidrig Fiskalpolitik.

Prof. Dr. Volker Nitsch Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Anleihekäufe sind mit dem Mandat der EZB unvereinbar.

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Es mindert den Druck auf alle Staaten, und zwar für jene, die in der Klemme stecken, und für jene, die bürgen sollen, für notwendige Reformen zu sorgen.

Prof. Dr. Roland Döhrn Leiter des Kompetenzbereichs „Wachstum und Konjunktur“, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Damit steigt die EZB wieder in die Finanzierung von Staatsschulden ein, und übernimmt zudem Risiken in ihre Bilanz, die im Insolvenzfall von allen zu tragen sind.

Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Aber nur im Extremfall bei (fiskal)politischen Blockaden und drohendem erneuten Aufflammen der Finanzkrise.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Das wäre der Einstieg in eine geldmengenfinanzierte Staatsausgabenpolitik, die jegliche Budgetdisziplin zur Lachnummer degradieren würde.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich „Das Wohlfahrtssystem“, Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Die EZB hat entgegen ihrem Auftrag Staatsanleihen gekauft und damit „Staatsfinanzierung“ betrieben. Sie kann ihre Käufe nicht mit geldpolitischen Erfordernissen rechtfertigen. In ihren ökonomischen Wirkungen sind sich Käufe am Sekundärmarkt und Käufe am Primärmarkt gleich.

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Wenn die Geldnachfrage steigt, sollte man sie befriedigen.

Zudem gibt es Überlegungen, dass die beiden Rettungsschirme EFSF und ESM direkt Anleihen kriselnder Staaten erwerben dürfen, sofern die entsprechenden Länder ihre Defizite bekämpfen und beim EFSF bzw. ESM einen Hilfsantrag stellen. Hielten Sie Käufe von Staatsanleihen am Primärmarkt durch EFSF und ESM grundsätzlich für den richtigen Weg?

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Mit einer Banklizenz für den EFSF/ESM besteht die Gefahr, dass die Geldmenge nicht nur von der EZB, sondern auch von Rettungsschirmen gesteuert wird

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Das ist die kostengünstigste Möglichkeit, reformwilligen Ländern die Chance zu geben, sich kostengünstig am Kapitalmarkt zu finanzieren, damit sie überhaupt ihre Reformen umsetzen können und nicht in den Konkurs getrieben werden.

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:

Durch diese Trickserei wird eine neue Institution ESM cum EZB geschaffen, die effektiv als Staatsbank funktioniert, was der EZB alleine gemäß ihrer Statuten nicht erlaubt ist. Wenn aber schon die eigenen Statuten nicht mehr durchgesetzt werden, warum dann solche durchsichtigen Konstruktionen?

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Dies würde die Belastung von der EZB nehmen, ist aber nicht unproblematisch, sobald die Konditionalität nicht gesichert und glaubwürdig ist.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Grundsätzlich ist auch dies ein problematisches Instrument, nicht zuletzt wegen des beschränkten Fondsvolumens. Ein Anleihekauf im Rahmen einer koordinierten Aktion mit der EZB bei Wahrung von bestimmten Konditionalitäten erscheint etwas wirkungsvoller.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Voraussetzung ist allerdings, dass EFSF und ESM nicht unbegrenzt Mittel dafür haben und dass sie Ankäufe von Anleihen mit Forderungen ggü. den Staaten versehen.

Dr. Dirk H. Ehnts Gastdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin:

Grundsätzlich ist es richtig, aber das sollte dann lieber die EZB machen.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß em. Professor, Universität zu Köln:

Die Staaten können sich am Kapitalmarkt finanzieren. Wer in der Vergangenheit schlecht gewirtschaftet hat, zahlt entweder hohe Zinsen oder spart in der Zukunft.



Stefan Maly Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors:

Dies ist sinnvoller, als die direkten Käufe durch die EZB. Allerdings sind die beiden Rettungsfonds mit zu wenig Kapital ausgestattet, um im ausreichenden Maß einzugreifen. Eine Aufstockung der Mittel oder eine Banklizenz müssen folgen.

Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Instrumentenflexibilität von EFSF/ESM ist grundsätzlich richtig. Man muss allerdings bedenken, dass gerade Aufkaufprogramme am Sekundärmarkt durchaus ein hohes Interventionsvolumen beanspruchen können. EFSF/ESM könnten daher mit ihren finanziellen Mitteln schnell an Kapazitätsgrenzen stoßen.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Damit ginge dann jede Kontrolle über die fiskalische Disziplin verloren.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Auch dies ist gegen Geist und Gesetz (direkte Staatsfinanzierung) der Euro-Verträge.

Frank Hübner Stellvertretender Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Die aktuelle Situation erfordert dies wohl. Wenn der ESM unter Konditionalität Hilfe gewährt, ergibt sich kein Unterschied zwischen direkter Kreditgewährung und Käufen von Staatsanleihen am Primärmarkt.

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Hier werden der Markt und seine Bewertungsmechanismen – als Indikatoren für zusätzliche, künftige Handlungsbedarfe – noch weitergehend ausgeschaltet.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Wenn der Markt versagt, muss die Fiskalpolitik eingreifen. Allerdings muss gewährleistet sein, dass die betroffenen Staaten in der mittelfristigen Haushaltskonsolidierung nicht nachlassen.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Es wird die Basis der politischen Schuldenpyramide größer, aber die Höhe wächst auch. Es helfen nur Reformen und Mentalitätsänderungen.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Es muss klare Regeln geben, wann welches Instrument eingesetzt wird und wann nicht. Die genannten Instrumente sind Notfallinstrumente, die nicht bereits als reguläre Staatssanierungsinstrumente eingesetzt werden dürfen. Im eigentlichen Notfall reicht dann das Volumen nicht mehr aus.



Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Das sind dann Eurobonds. Gegen Eurobonds bin ich nicht grundsätzlich, aber es macht keinen Sinn, sie über die Hintertür von EFSF/ESM einzuführen. Die Einführung von Eurobonds muss klaren Strukturen folgen (z.B. jenen, die der Weisenrat vorgeschlagen hat), sonst sind sie ein sehr gefährliches Instrument.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Aber nur mit entsprechenden Kontrollen der gestützten Staaten.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Bei den Rettungsschirmen geht es ebenfalls nicht darum, Fiskalpolitik zu betreiben, sondern Ländern in Krisen bei der Selbsthilfe zu unterstützen.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Das Vertrauen der Märkte muss wiederhergestellt werden. Eine Gesundung des Systems führt allerdings an Primärüberschüssen in den Haushalten der Mitgliedsstaaten nicht vorbei.

Prof. Dr. Wolfgang Gerke Präsident, Bayerisches Finanz Zentrum:

Die Enteignung Deutschlands über eine Transferunion stößt an die zumutbaren Grenzen.

Prof. Dr. Volker Nitsch Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Bei der Lösung der Euro-Krise gibt es keinen „grundsätzlich richtigen“ Weg.

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Damit wird ja nur das Verbot umgangen, das der EZB Käufe am Primärmarkt untersagt.

Prof. Dr. Roland Döhrn Leiter des Kompetenzbereichs „Wachstum und Konjunktur“, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Das ist ähnlich problematisch wie der Kauf von Staatstiteln durch die EZB.

Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Grundsätzlich nicht; aber es könnte Situationen geben, in denen nicht viel Anderes übrigbleibt.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Wo bliebe dann der Zwang zur Budgetdisziplin?

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich „Das Wohlfahrtssystem“, Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Weitere Rettungsmaßnahmen – welcher Art auch immer – sollten unterbleiben. Der ESM als dauerhafter Rettungsschirm sollte nicht installiert werden.

FRAGE

Um die Feuerkraft des ESM zu erhöhen, plädiert etwa der italienische Ministerpräsident Mario Monti dafür, den ESM mit einer Banklizenz auszustatten. Damit könnte sich der ESM bei der EZB unbegrenzt Geld leihen. Sollte der ESM eine Banklizenz erhalten?

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Der Weg, dass die EZB solche Anleihen am Sekundärmarkt aufkauft, ist erfolversprechender.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Wenn der EFSF und ESM am Primärmarkt aktiv werden kann, wäre das wohl nicht notwendig.

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:

Hier wird das Pferd von hinten gesattelt. Der ESM kann erst dann mit einer Bankenlizenz ausgestattet werden, wenn der ordnungspolitische Rahmen sowohl für den Bankenmarkt als auch für die Koordination der europäischen Haushalte fertiggestellt ist. Andernfalls riskiert man nur das Auseinanderbrechen der europäischen Idee, noch lange bevor es ihr überhaupt gelungen ist, einen ersten Ordnungsentwurf zu formulieren.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Dies würde de facto auf eine weitere Ausdehnung der EZB-Aktivitäten hinauslaufen. Besser wäre es, wenn die Staaten zur Lösung der Krise beitragen (z.B. durch Schuldentilgungsfonds).

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Eine Banklizenz für den ESM läutet das Ende des Euros ein. Über einen verdeckten Umweg lassen sich dann Staaten ihre Ausgaben mit der Notenpresse finanzieren. Anreize für eine mühevoll strukturelle Lösung der Krise oder zur Konsolidierung des eigenen Haushaltes sind ausgeschaltet. Für eine Finanzierung des Staatshaushalts mit der Notenpresse gibt es viele historische Beispiele, die in einer Währungsreform endeten. Eine Rettung des Euro ist nur über eine EZB möglich, die glaubwürdig die Kaufkraft unserer Währung garantiert. Dies ist die Aufgabe der Notenbank, nicht die Finanzierung von Staaten. Wird dieses Stabilitätsziel aufgegeben, darf sich der deutsche Bürger wohl langfristig auf die Rückkehr der Bundesbank freuen.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Um die Schlagkraft des ESM zu erhöhen, bedarf es keiner neuen Instrumente. Wie bereits schon die EFSF wird auch der ESM mit der Möglichkeit einer partiellen Anleiheversicherung über ein Instrument verfügen, wie die tatsächliche Ausleihkapazität des Fonds erheblich erhöht werden kann.

Dr. Alexander Schumann Chefvolkswirt, DIHK:

Der ESM muss erstmal seine Arbeit aufnehmen können. Daher ist es verfehlt, bereits über neue Instrumente zu diskutieren, wenn die geplanten noch nicht einsatzbereit sind.



Dr. Dirk H. Ehnts Gastdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin:

Ja, aber wie gesagt wäre es mir lieber, wenn die EZB das ganze verwaltet.

Prof. Dr. Friedrich Breyer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Universität Konstanz:

Der ESM sollte überhaupt nicht eingerichtet werden, weil er die grenzenlose Staatsschuld begünstigt.

Prof. Dr. Horst Schellhaab em. Professor, Universität zu Köln:

Dies ist eine absolut kontraproduktive Maßnahme: angesichts der Mehrheitsverhältnisse würde dann dem Schlendrian Tür und Tor geöffnet.

Stefan Maly Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors:

Zur Lösung der Staatsschuldenkrise gibt es drei Ansätze. Sie sind strenge Sparprogramme, Staatsbankrott und Inflationierung. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass eine Mischung aus Austerität, moderater Inflation (leicht negative Realzinsen) und finanzielle Repression der wirkungsvollste Maßnahmenmix ist. Damit die Realzinsen in den Peripherieländern negativ werden, bedarf es Anleihekäufe durch die Zentralbank. Die Banklizenz für den ESM wäre rechtlich eine mögliche Lösung.

Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Die EZB hat auf ein Rechtsgutachten hingewiesen, dass den ESM als Geschäftspartner der EZB bei der Refinanzierung ausschließt.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Dann wird der ESM zu einer Bank – und das Risiko wächst durch „Hebeln“ exponentiell. Wieder ist das gegen Geist und Gestz der Euroverträge.

Dr. Alexander Krüger Chefvolkswirt, Bankhaus Lampe KG:

Die direkte Staatsfinanzierung über die Notenpresse ist zwar ein einfacher, aber nicht zielführender Weg, da er den Konsolidierungsdruck für die betroffenen Staaten senkt. Den Interessen der Zahlerländer wird damit nicht entsprochen. Schritte nach vorn werden hinsichtlich der Schuldenkrise nur über die unbequemen Wege Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen gemacht. Zudem gilt es, heimische Steuerzahler künftig stärker zur Finanzierung der eigenen Staatsschuld heranzuziehen. Empfängerländer müssten zudem Sicherheiten für die (von ESM /EZB) empfangene Hilfe hinterlegen.

Frank Hübner Stellvertretender Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

EZB-Präsident Draghi hat zum einen betont, dass der ESM in der aktuellen Konfiguration keine geeignete Partei für Wertpapierpensionsgeschäfte ist. Zudem würde eine Banklizenz des ESM die Grundidee der Rettungsschirme und damit ihre politische Legitimität unterwandern.



Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Grundsätzlich sollten sich die Staaten des Euroraums am Kapitalmarkt refinanzieren und nicht direkt oder indirekt bei der EZB.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Eine Banklizenz für den ESM ist der direkten Intervention durch die EZB vorzuziehen, weil der ESM besser in der Lage ist, Bedingungen zu stellen und auf deren Erfüllung zu bestehen.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Er hat sie darüberhinaus noch nicht einmal nötig (Statuten beachten) – es ist ein Schritt in Richtung Entdemokratisierung! Alle Ratschläge in diese Richtung (auch Eurobonds, –bills usw.) folgen spezifischen politisch-ideologischen Interessen.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Dann könnte man den Regierungen direkt die Lizenz zum Gelddrucken geben und die EZB dem Europäischen Rat unterstellen.

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Eine Banklizenz hebt die Kontrolle aus.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Mit dieser Maßnahme wäre dann die Monetisierung der entsprechenden Schulden der Krisenländer nicht mehr aufzuhalten.

Prof. Dr. Rolf Kreibich Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer, Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung:

Die Einrichtung verstärkt nur den Teufelskreis.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Das könnte in einer späteren Phase eventuell in Erwägung gezogen werden, aktuell nicht.

Prof. Dr. Wolfgang Gerke Präsident, Bayerisches Finanz Zentrum:

Der Weg in die zukünftige Inflation wird zur Schnellstraße, wenn „Teer ESM“ eine Banklizenz erhält.



Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Dann könnte er sich ja jederzeit bei der EZB refinanzieren. Allerdings: Die Diskussion darüber scheint eine Geisterdebatte zu sein. Wenn ich Art. 32 Abs.9 des Vertragsentwurfs richtig lese, hat der ESM eine solche Lizenz de facto ja schon.

Prof. Dr. Helmut Wagner Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Nicht als Dauerlösung; hätte auf Dauer negative Anreize hinsichtlich der zügigen Durchführung notwendiger Strukturreformen.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Wir benötigen keine zweite EZB, die zudem unter der Fuchtel von unsoliden Regierungen stünde.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich „Das Wohlfahrtssystem“, Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Der ESM sollte nicht errichtet werden. Ein entsprechendes Urteil des Bundesverfassungsgerichts wäre wichtig.

FRAGE

Die Lage in Griechenland bleibt ungeachtet eines gerade verabschiedeten neuen Sparprogramms der Regierung in Athen stark angespannt. In Deutschland werden die Rufe nach einem Austritt Griechenlands immer lauter. Wie beurteilen Sie auf einer Skala von 0 bis 100 Prozent die Wahrscheinlichkeit, dass Griechenland in den kommenden 18 Monaten aus der Eurozone ausscheidet?

Prof. Dr. Erwin Amann Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Der Austritt liegt weder im Interesse Griechenlands noch der Länder des Währungsraumes. Dennoch kann eine geringe Austrittswahrscheinlichkeit aufgrund des Scheiterns der Verhandlungen nicht ausgeschlossen werden.

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Ein Austritt Griechenlands würde die Lage in den anderen Krisenländern erheblich verschärfen. Deshalb wird man versuchen, Griechenland im Währungsraum zu halten.

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:

Solche Spekulationen sind unredlich und europafeindlich! Ich beteilige mich nicht an diesem Unsinn!

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Der Rettungswahnsinn wird weitergehen, bis die Eurozone vor einer Währungsreform stehen wird.



Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Ich kann mir schlechterdings nicht vorstellen, dass ein Land, das Staatsbankrott anmelden muss (und das halte ich für sehr wahrscheinlich) in der Eurozone bleibt.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Ich halte es für unwahrscheinlich, dass die anderen Mitgliedsstaaten es dazu kommen lassen.

Dr. Alexander Schumann Chefvolkswirt, DIHK:

Austrittsdiskussionen lenken von den wahren Problemen ab und verhindern Investitionen. Griechenland muss seine Staatsfinanzen in den Griff bekommen, eine wettbewerbsfähige Wirtschaft aufbauen und seine Arbeitskosten senken. Die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Unternehmen hapert nicht nur am Wechselkurs, sondern auch an fehlender Innovationskraft, Importabhängigkeit und Finanzierungsschwierigkeiten.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Griechenland hat eine jahrhundertealte Tradition der „Günstlingswirtschaft“. Es ist unwahrscheinlich, dass sich dies innerhalb von zwei Jahren ändern lässt.

Dr. Dirk H. Ehnts Gastdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin:

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen haben die Krise nur verschärft, das Land wird kaputtgespart. Griechenland ist seit spätestens April 2010 als bankrott anzusehen – ohne einen weiteren Schuldenschnitt und eine starke Nachfrage der Handelspartner wird die Lage sich nicht verbessern. Beides ist nicht in Sicht.

Prof. Dr. Friedrich Breyer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Universität Konstanz:

Die Griechen werden über kurz oder lang merken, dass ihre Chancen auf Wachstum und Wohlstand mit einer eigenen Währung steigen.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß em. Professor, Universität zu Köln:

Die Wähler in den Geberländern werden die Transferzahlungen nach Griechenland nicht mehr lange mitmachen, da Griechenland ein Fass ohne Boden ist.

Prof. Dr. Heinz-Dieter Smeets Lehrstuhl für VWL, insb. Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Der politische Wille, an Griechenland als Euro-Mitglied festzuhalten, ist zu groß

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

1. Griechenland ist pleite, und Insolvenzverschleppungen haben noch nie Probleme gelöst. 2. Griechenland kann nur mit einem Austritt seine Wettbewerbsfähigkeit wiedererlangen, ohne einen langwierigen, konfliktreichen und damit auch gefährlichen Weg für seine innere Stabilität gehen zu müssen.



Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung ,
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Das Land ist nicht willens, sich zu reformieren. Das ist inzwischen, wie wenn man Herrn Modrow 1990 beauftragt hätte, die DDR zu reformieren – ein Fass ohne Boden wäre die Folge gewesen.

Frank Hübner Stellvertretender Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Griechenland steht vor beträchtlichen Herausforderungen, da das Land in Verzug mit der Umsetzung der Reformen gekommen ist. Ein zeitnahe „Grexit“ würde aber immer noch ein enormes Ansteckungsrisiko mit sich bringen. Es besteht noch Zeitbedarf für eine Isolierung Griechenlands. Mit den in den kommenden 6 bis 12 Monaten erwarteten Schritten im Bereich der institutionellen Reformen in der EWU sollte eine solche Isolierung glaubwürdiger gelingen und damit die Wahrscheinlichkeit eines Austritts Griechenlands erhöhen.

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Um unabsehbare Folgeeffekte (Spanien, Italien, Spanien) zu vermeiden, dürfte weiterhin alles daran gesetzt werden, Griechenland in der Eurozone zu halten.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Durch den jüngsten Bericht der Troika hat Griechenland noch einmal Luft erhalten. Ob das mittel- bis langfristig allerdings ausreicht, ist fraglich. Nur ein weiterer Schuldenschnitt dürfte folgen.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Das griechische Leistungsbilanzdefizit muss in den nächsten Monaten entweder durch eine weitere Kompression der Binnennachfrage beseitigt oder durch weitere Transfers finanziert werden. Ersteres scheitert an der Innenpolitik Griechenlands, letzteres an der Innenpolitik Deutschlands. Damit ist die Wahrscheinlichkeit eines Ausscheidens aus der Eurozone hoch geworden.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik , Universität Potsdam:

Es geht hier nicht um ökonomische Sinnhaftigkeit (dann ist der Austritt schon überfällig) – der Club der EU/EWU-Ideologen riskiert lieber den Totalcrash.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Dies ist politisch nicht gewollt.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Es ist nicht zu erkennen, mit welchen wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen Griechenland es schaffen sollte, seine Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Eurozone zu erlangen. Offensichtlich benötigt Griechenland den Schutz einer eigenen Währung.



Prof. Dr. Rolf Kreibich Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer, Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung:

Der Teufelskreis der falschen „Rettungspolitik“ wird nicht mehr zu verschleiern sein.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Die Macht des Faktischen ist nicht zu umgehen. Griechenland ist pleite.

Prof. Dr. Wolfgang Gerke Präsident, Bayerisches Finanz Zentrum:

Irgendwann werden die letzten Politiker ihre Illusionen der Sinnhaftigkeit des Verbleibs Griechenlands im Euro verlieren.

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Um die Ecke gedacht: Vermutlich wird Griechenland nicht nennenswert vorankommen. In etwa einem Jahr sind Bundestagswahlen. Der Druck auf alle Parteien wird so groß werden, dass sie sich vermutlich für einen Austritts Griechenlands stark machen. Ich rechne aber mit Widerspruch aus anderen Staaten der Eurozone, weshalb ich die Wahrscheinlichkeit eines Austritts nur mit 50 Prozent beziffere.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Ein Ausstieg wäre sowohl für Griechenland als auch für die EU von verheerender Wirkung. In Griechenland würde sich die Lage dramatisch verschlechtern, da strukturell bedingt nicht einmal ein J-Kurveneffekt bei der Leistungsbilanz zu erwarten wäre. Für die EU wäre eine griechische Zuwanderungswelle gleich der Einrichtung eines dauerhaften europäischen Finanzausgleichs. Nur inkompetente Narren können einen Austritt oder Rauswurf fordern!

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich „Das Wohlfahrtssystem“, Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Die notwendigen Reformen auf der Angebotsseite werden in Griechenland nur unzureichend beschlossen werden. Damit wird die Bereitschaft, Rettungsmaßnahmen zu ergreifen, bald nicht mehr bestehen.

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Griechenland braucht einen Staatsbankrott und wird diesen innerhalb der Eurozone vollziehen.

FRAGE

Die Debatte um das Ehegatten-Splitting ist neu entbrannt. Anlass war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach homosexuellen Beamten, die in einer eingetragenen Lebensgemeinschaft leben, dieselben steuerlichen Vorteile zu gewähren seien wie heterosexuellen Ehepaaren. Eine Gruppe von CDU-Abgeordneten will nun grundsätzlich allen eingetragenen Partnerschaften von Homosexuellen steuerlich dieselben Privilegien gewähren wie heterosexuellen Eheleuten. Dies gilt insbesondere für das Ehegatten-Splitting. Familienministerin Kristina Schröder hat sich diesem Vorstoß angeschlossen. Sollten eingetragene Lebensgemeinschaften steuerlich heterosexuellen Ehepaaren gleich gestellt werden und damit auch Anspruch auf das Ehegatten-Splitting erhalten?“



Prof. Dr. Erwin Amann Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Gleichgestellt ja, aber durch die Abschaffung des Ehegatten-Splittings.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Das Ehegattensplitting ist generell überholt und keine adäquate Art der Förderung von Ehe und Familie mehr, zumal es Ehepartnern, die dasselbe verdienen, keinerlei Vorteile bringt und ein bestimmtes Verdienstmодell privilegiert. Stattdessen sollte auf Individualbesteuerung umgestellt werden, mit zusätzlichen Steuervorteilen für Kinder und Ehe. Letzteres sollte dann auch für eingetragene Lebensgemeinschaften gelten.

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:

Die Frage ist doch, was mit dem Splitting erreicht werden soll: Förderung von Partnerschaften oder Förderung von Familien?

Prof. Dr. Walter Krämer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Steht schon im Grundgesetz: Ehe und Familie genießen den besonderen Schutz des Staates. Weil ohne Nachwuchs dieser Staat bald aufhört zu existieren.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Eine Ungleichbehandlung ist m.E. nicht vertretbar. Allerdings kann man auch über die Abschaffung des Splittings insgesamt nachdenken.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Ist nicht die Heirat homosexueller Paare bereits möglich? Wenn ja, besteht kein Änderungsbedarf. Wenn nein, sollte man stattdessen die Heirat homosexueller Paare ermöglichen.

Prof. Dr. Björn Frank Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Kassel:

Ehrlich gesagt ist dies eine Frage, über die ich – angesichts von wichtigen Problemen, die wirklich zu verstehen gerade viel Mühe kostet – nicht lange nachdenken möchte. Ich hatte zunächst spontan ein „Ja“ angeklickt, das war politökonomisch motiviert: Ich dachte, dass die Wahrscheinlichkeit, dass das Ehegattensplitting endlich ganz abgeschafft wird, steigt, wenn Leute davon profitieren, für die dieses Privileg zunächst gewiss nicht gedacht war. Auf den zweiten Blick war das falsch gedacht, denn das Ehegattensplitting wird sich hartnäckiger halten, wenn mehr Wähler davon profitieren. Also doch „Nein“.

Prof. Dr. Friedrich Breyer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Universität Konstanz:

Voraussetzung ist allerdings, dass sie den Ehen auch sozialrechtlich gleichgestellt werden, d.h. in den Unterhaltspflichten.



Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das ist keine ökonomische Frage, sondern eine gesellschaftspolitische. Ich sehe keinen Grund, warum homosexuelle Paare, die sich durch die eingetragene Lebensgemeinschaft an eine Verantwortung füreinander binden, anders als Eheleute behandelt werden sollten.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Aber: Wir sollten dann die Frage der Demographie – alte Begründung des „Eheprivilegs“ in der Verfassung – neu diskutieren.

Prof. Dr. Andreas Ziegler Lehrstuhl für Empirische Wirtschaftsforschung, Universität Kassel:

Am besten wäre allerdings die komplette Abschaffung dieser nicht zeitgemäßen, extrem teuren Subvention spezifischer privater Lebensmodelle.

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Das Ehegatten-Splitting dient auch der Familienförderung, die bei gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften i.d.R. nicht relevant ist.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Die Abschaffung des sog. Ehegattensplitting ist geboten und wohlfahrtsfördernd!

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Wenn es diese Gemeinschaften rechtlich gibt, gibt es keinen Grund sie wirtschaftlich zu benachteiligen.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Es würde eine klare Diskriminierung beseitigen.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Das Ehegattensplitting ist ein veraltetes Verfahren zur Ehegattenbesteuerung und sollte generell abgeschafft werden.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Auch wenn es altmodisch klingt: Es sollte nur die „klassische“ Familie gefördert werden.



Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Ich sehe nicht, welche Bedeutung dann Art. 6 Abs. 1 GG noch hat. Aber unseren Verfassungsjuristen wird da bestimmt etwas einfallen. Und wenn schon, denn schon: Splitting für alle, die fürsorglich zusammenleben, zum Beispiel Geschwister.

Prof. Dr. Roland Döhrn Leiter des Kompetenzbereichs „Wachstum und Konjunktur“, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Ich fürchte, hier wird zunächst weniger eine steuersystematische Debatte geführt als eine moralische. Aber anscheinend stößt die Diskussion um das Ehegattensplitting für eingetragene Lebenspartnerschaften eine steuersystematische Debatte an, nämlich wie sinnvoll das Ehegattensplitting als familienpolitisches Instrument ist, für das es wohl ursprünglich einmal konzipiert war.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Die unsachgemäße, moralintriebende Debatte um diese Frage muss endlich enden!

FRAGE

Die OECD rät stattdessen zur kompletten Abschaffung des Ehegatten-Splittings. Es sei nicht sinnvoll, „Nicht-Arbeit steuerlich zu fördern“. Dies könne sich Deutschland angesichts der rasanten Alterung der Bevölkerung und der wachsenden Knappheit an Arbeitskräften „nicht leisten“. Sollte das Ehegatten-Splitting komplett abgeschafft werden?

Prof. Dr. Erwin Amann Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Das Modell setzt falsche Anreize.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Es ist ungerecht, da es Ein-Verdiener-Ehen privilegiert, egal ob Kinder da sind oder nicht. Doppelverdiener, die dasselbe verdienen, haben nichts davon. Und es führt zu hoher effektiver Besteuerung von Zweitverdienern, was weder gerecht noch effizient ist.

Prof. Thomas Gehrig, Ph.D. Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:

Ja, solange die Partnerschaft kinderlos ist.

Prof. Dr. Carsten Hefeker Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Die Argumente der OECD sind richtig.



Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Die Erziehung von Kindern verdient eine steuerliche Förderung. Insofern ist die Unterstützung der Teilzeitarbeit eines Elternteils durch das Ehegattensplitting im Lichte der demografischen Entwicklung gesellschaftlich sinnvoll. Eine Interpretation als Förderung der Nicht-Arbeit greift deutlich zu kurz.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Das Einkommen eines Ehepaars wird, auch wenn ein Teil nicht oder weniger arbeitet, grundsätzlich von beiden erwirtschaftet, da ja wahrscheinlich der nicht berufstätige Partner Aufgaben des anderen mit übernimmt. Bei einigen Einkunftsarten wie Vermögenseinkommen ist eine Trennung ohnehin nicht adäquat möglich.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Das Ehegatten-Splitting fördert nicht „Nicht-Arbeit“, sondern es fördert „Familienarbeit“. Denkbar wäre eher, dass bei erwachsenen Kindern das Ehegatten-Splitting reduziert wird, indem man eine Art Familien-Splitting einführt.

Prof. Dr. Björn Frank Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Kassel:

Wo die OECD Recht hat, hat sie Recht, auch wenn es fischig ist, das Konzept des „Sich-etwas-nicht-leisten-Könnens“ auf Staaten anzuwenden.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Mit einer kompletten Abschaffung würden Ehepaare sehr ungleich besteuert, je nachdem wie sich das Einkommen auf beide verteilt. Das wäre eine inakzeptable Ungleichbehandlung einer identischen Leistungsfähigkeit.

Dr. Dirk H. Ehnts Gastdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin:

Ich stimme der OECD zu. Andere Steuern und Abgaben sollten im gleichen Ausmaß gesenkt werden. „Leisten“ könnte sich Deutschland das Ehegatten-Splitting jedoch noch länger, denn einen besonderen Zeitdruck kann ich bei der momentanen Verzinsung deutscher Staatsanleihen nicht erkennen.

Prof. Dr. Friedrich Breyer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Universität Konstanz:

Selbständige und andere Besserverdienende könnten die Individualbesteuerung durch gegenseitige Anstellung unterlaufen. Diese Umgehung könnte das Finanzamt kaum verhindern, da niemand den tatsächlichen Arbeitsaufwand beobachten kann.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß em. Professor, Universität zu Köln:

Der Staat sollte das Recht haben, bestimmte Lebensformen gegenüber anderen steuerlich zu bevorzugen.



Stefan Maly Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors:

Das Ehegattensplitting fördert das überkommene Familienbild eines alleinverdienenden Familienvaters. Stattdessen sollten Familien mit Kindern stärker steuerlich entlastet werden.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Frage ist schlicht, ob man das Individuum oder die (Ehe)Gemeinschaft als wirtschaftliche Grundeinheit betrachtet. In letzterem Falle ist das Splitting sinnvoll, weil es alle Einkünfte steuerlich gleichbehandelt, egal aus welcher Quelle innerhalb der Gemeinschaft sie stammen.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Besser Familiensplitting. Und: Jeder Mittelständler kann „splittingähnliche Verhältnisse“ in der Familie organisieren. Der Staat sollte sich aus der Organisation der Arbeitsverteilung in der Familie heraushalten.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Warum soll es bestraft werden, wenn ein Ehepartner nicht arbeitet?

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Das Ehegattensplitting sollte durch eine kohärente steuerliche Förderung der Familie ersetzt werden.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Platt ausgedrückt: Wer am Markt jede Dienstleistung (Frühstück, Essen, Wäsche usw.) bezahlt, übernimmt mehr Verantwortung für Menschen auch im Alter als jemand, der sich zu Hause „füttern“ lässt (und dann scheiden lässt). Es ist unzeitgemäß und greift in die Lebensformen ein! Keine ist besonders förderungswürdig.

Prof. Dr. Justus Haucap Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Die besondere Förderung der Ehe erscheint – im Gegensatz zur Förderung von Familien – nicht sinnvoll. Zudem schafft das Ehegattensplitting faktisch vor allem für Frauen Anreize, nicht zu arbeiten und ihr Humankapital verfallen zu lassen.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Ehegatten-Splitting ist ein anachronistisches Konzept. Wenn der Staat Kinder und Eltern fördern will, dann soll er das direkt tun und nicht über den Umweg des Ehegatten-Splitting, das „perverse“ Arbeitsanreize setzt.



Prof. Dr. Rolf Kreibich Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer, Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung:

Das ist ein mittelfristiges Ziel.

Dr. Manfred Schwaren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Das wäre endlich mal eine Vereinfachung des Steuerrechts. Familienförderung muss nicht über das Steuerrecht gehen.

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Erstens, man sollte sich doch mal die nach dem BGB fälligen Unterhaltsverpflichtungen näher ansehen. Zweitens, das ökonomische Argument ist ziemlich platt und hat nichts mehr mit freier Entscheidung zu tun. Man muss die Leute steuerlich bestrafen, damit sie arbeiten gehen. Das soll ein Argument für freie Gesellschaften sein?

Prof. Dr. Roland Döhrn Leiter des Kompetenzbereichs „Wachstum und Konjunktur“, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Dass das Ehegattensplitting das „Nicht-Arbeiten“ fördert, müsste erst einmal nachgewiesen werden. Jedenfalls ist die Erwerbsquote von Frauen in Deutschland trotz des Splittings gestiegen und sie ist im europäischen Vergleich auch nicht ungewöhnlich niedrig, sondern eher im Mittelfeld. Vieles hängt doch letztlich von der Gestaltung des Steuertarifs ab.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Das wäre auch eine Lösung!

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich „Das Wohlfahrtssystem“, Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Das Bundesverfassungsgericht hat Ende der 50er Jahre mit guten Gründen die Einführung des Ehegattensplittings verlangt.

FRAGE

Andere europäische Länder (z.B. Frankreich oder Österreich) praktizieren statt des Ehegattensplittings ein Familiensplitting. Dabei wird die Steuerlast von Familien über eine gemittelte Berechnung der Einkommen von Eltern und ihrer Kinder bei progressiven Steuertarifen teils deutlich reduziert. Sollte die Bundesregierung statt eines umfassenden Ehegattensplittings für alle eher auf ein Familiensplitting setzen?

Prof. Dr. Erwin Amann Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Eine deutlich stärkere Unterstützung von Eltern mit Kindern ist höchst angebracht. Dies sollte jedoch einhergehen mit Unterstützung der Berufstätigkeit beider Elternteile.



Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Individualbesteuerung mit großzügigen Kinderfreibeträgen reicht völlig aus.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Das Familiensplitting ist durchaus ein interessantes Modell. Es steckt allerdings eine andere Konzeption dahinter als beim Ehegattensplitting, da es die Gemeinschaft zwischen Eltern und deren Kinder in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung stellt.

Prof. Dr. Björn Frank Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Kassel:

Mein „Ja“ soll heißen: Besser als Ehegattensplitting. Optimal kann es nicht sein, zur Förderung von Familien und Kindern das Steuerrecht einzusetzen.

Dr. Dirk H. Ehnts Gastdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin:

Es sollten dann vom Staat eher kostenlose Leistungen bereitgestellt werden, welche die Familien entlasten (Kitas, kostenloser Zugang zu Bildung, etc.). Ob das nun direkt durch staatliche Unternehmen oder durch Subventionierung privater Unternehmen geschehen soll, kann dann von Fall zu Fall entschieden werden.

Prof. Dr. Friedrich Breyer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Universität Konstanz:

Die in unserem Steuerrecht enthaltenen Steuerfreibeträge sind ein ausreichender Ersatz dafür. Ein Familiensplitting würde große Familien mit sehr hohen Einkommen noch weiter begünstigen.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß em. Professor, Universität zu Köln:

Dies ist ein zielführender Vorschlag, um die Kosten der Kindererziehung besser zu verteilen.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Grundsätzlich ist das eine gute Idee mit Blick auf die langfristige Finanzierung der umlagefinanzierten Sozialsysteme. Das müsste dann aber mit den vielfältigen Regelungen abgestimmt werden, die das Sozialsystem schon heute in ein Systemchaos verwandelt haben. Daher ist trotz der grundsätzlichen Zustimmung im allgemeinen Skepsis im konkreten Fall angezeigt.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Weil dann das Problem mit den gleichgeschlechtlichen Partnerschaften gelöst wäre – es kommt letztlich auf die Kinder an.

Prof. Dr. Andreas Ziegler Lehrstuhl für Empirische Wirtschaftsforschung, Universität Kassel:

Besser wäre eine andere finanzielle Förderung von Kindern. Warum sollten Kinder von Eltern mit höherem Einkommen stärker gefördert und damit mehr wert sein? Und Kinder von Eltern ohne Einkommen gehen bei diesen Systemen völlig leer aus.



Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Es wäre zumindest eine nachdenkenswerte Alternative.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik , Universität Potsdam:

Es sind überkommene Lebensformen wie den sog. Single diskriminierende, wahlpolitisch determinierte Umverteilungsmaßnahmen!

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Die Familie- oder Familiengemeinschaft ist ein zentraler Baustein im Grundgesetz und ökonomisch.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Es gibt andere Verfahren der Ehegatten- und Familienbesteuerung, die weniger allokativen bzw. distributiven Nachteile haben, so z.B. Individualbesteuerung mit einkommensabhängigen Transfers an Familien mit Kindern.

Prof. Dr. Rolf Kreibich Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer, Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung:

Ein Familiensplitting ist viel gerechter und notwendiger.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Das ist ja noch komplizierter!

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Ja, dafür habe ich in meiner Dissertation, erschienen 1979, schon plädiert. Nach beachtlichen 33 Jahren ist jetzt Sigmar Gabriel auch schon darauf gekommen.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Bürokraten würden sich freuen, darum wäre eine Abschaffung sogar besser.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich „Das Wohlfahrtssystem“, Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Das wäre die einfachste Möglichkeit, die Familienförderung auf eine saubere Grundlage zu stellen. Viele Regelungen wie z.B. die Gewährung eines Kinderfreibetrags wären dann entbehrlich.